

Antrag der Fraktion der CDU**Bundeswehr gehört in die Mitte der Gesellschaft**

Seit 65 Jahren ist die Bundeswehr ein selbstverständlicher und unverzichtbarer Bestandteil unserer Sicherheitsarchitektur. Unsere Rechtslage trennt zwar zu Recht und in bewährter Weise zwischen „innerer“ und „äußerer“ Sicherheit, indem im Grundsatz den Ländern die Zuständigkeit für die „innere“ Sicherheit zugewiesen wird und die „äußere“ Sicherheit, und damit die Zuständigkeit für die primär mit der Landesverteidigung beauftragte Bundeswehr, in die alleinige Kompetenz des Bundes fällt. Allerdings haben sich, nicht zuletzt durch den (internationalen) Terrorismus und hybride Formen der internationalen Konflikte, deutliche Schnittmengen zwischen der inneren und äußeren Sicherheit ergeben, aus denen sich zunehmende Notwendigkeiten einer engeren Zusammenarbeit ergeben. Darüber hinaus hat die Bundeswehr sekundäre Aufgaben zum Beispiel im Katastrophenschutz, in der Bewältigung großer Unglückslagen oder durch Amtshilfe in anderen Bereichen, die zwar zunächst in die Zuständigkeit der Länder fallen, nicht selten aber nur mit Unterstützung der Bundeswehr bewältigt werden können. Hieraus ergeben sich vielfältige aufgabenbezogene Überschneidungen, die in enger und sehr bewährter „Zivil-Militärischer-Zusammenarbeit“ zwischen den „Blau-Licht-Organisationen“ des Landes und der Kommunen in Bremen und Bremerhaven gemeinsam mit der Bundeswehr, zu häufig abseits einer breiten öffentlichen Wahrnehmung, bewältigt werden. Für ihre vorbildliche Auftrags Erfüllung in allen Bereichen ihrer Zuständigkeit und für die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Land und unseren Kommunen gebührt der Bundeswehr und ihren Angehörigen der Dank und die ausdrückliche Anerkennung Bremens.

Seit die Bundeswehr mit der Ernennung der ersten freiwilligen Soldaten am 12. November 1955 gegründet wurde, haben sich die außen- und innenpolitischen Rahmenbedingungen mehrfach grundlegend verändert und auch die Bundeswehr unterlag damit stetigen Prozessen der Weiterentwicklung. Während Bündnisintegration, Innere Führung, und die verfassungsrechtliche Verankerung als Parlamentsarmee konstitutive Merkmale sind und bleiben müssen, hat sich der Rahmen potenzieller Einsätze mit Ende des „Kalten Krieges“ internationalisiert und globalisiert. Deutsche Vereinigung, Außerkraftsetzung der Wehrpflicht und der gleichberechtigte Zugang aller Geschlechter in der Bundeswehr haben die Struktur der Streitkräfte maßgeblich verändert. Von hoher politischer Bedeutung für die Bundeswehr und deutscher, auch bremischer, Gesellschaft bleibt gleichermaßen die Integration in die Bürgergesellschaft und die sichtbare Präsenz in der Fläche des Landes. Bundeswehr und Gesellschaft sind Teile eines gemeinsamen Ganzen und gegenseitig aufeinander angewiesen. Sie in diesem Sinne zu verstehen und zu platzieren, war und ist nicht nur ein Recht der Soldatinnen und Soldaten. Es entspricht dem gleichzeitigen Ziel von Streitkräften und Gesellschaft, niemals wieder einen „Staat im Staate“ zuzulassen und so „politische Neutralität“ und das „Primat der Politik“ infrage zu stellen.

Viele Teile von Politik und Gesellschaft haben in Bremen einen wertschätzenden und selbstverständlichen Umgang mit der Bundeswehr entwickelt. Die gewalttätigen Ereignisse zum öffentlichen Gelöbnis im Jahr 1980 zeigen aber, dass das nicht immer so war und Anschläge auf Bundeswehrfahrzeuge in unseren Tagen machen deutlich, dass es auch gegenwärtig nicht für alle selbstverständlich ist. Anschläge dieser Art sind inakzeptabel und beschämend gegenüber einer Organisation, die gerade in jüngerer Vergangenheit mit ihrer schnellen und wirkungsvollen lokalen Hilfe im Rahmen der Flüchtlingskrise 2015 und der jetzigen Corona-Pandemie zu Recht hohe Anerkennung bekommen und verdient hat. Immer wieder zeigt sich, dass die personellen, materiellen und technischen Fähigkeiten der Bundeswehr nicht nur im Rahmen militärischer Aufträge zwingend notwendig sind, sondern auch auf regionaler Ebene in der Bewältigung besonderer „Lagen“ häufig ohne Alternative sind. Die Bundeswehr ist damit fester und unverzichtbarer Teil öffentlicher Daseinsvorsorge in einem besonders breiten Spektrum möglicher militärischer und nichtmilitärischer Aufträge und Einsatzformen.

Daneben ist die Bundeswehr immer auch ein wichtiger Standortfaktor. Sie bietet nicht nur hochqualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze in einer hohen Bandbreite und hält mit ihren Dienststellen in Bremen und Bremerhaven wichtige öffentliche Infrastruktur bereit. Gerade auch in Bremen sind darüber hinaus viele Unternehmen national und international nicht unmaßgeblich von der Produktion militärisch relevanter Ausstattung abhängig. Auch hierzu muss sich eine Stadtgesellschaft bekennen und ihre Unterstützung gewährleisten, darf es aber nicht bei „Bekanntnissen“ bewenden lassen: Gerade ein maritimer Standort wie das Land Bremen mit seinen Kommunen Bremen und Bremerhaven braucht die Offenheit seiner Wirtschaftsinfrastruktur, seiner Häfen, aber auch seiner Forschungs- und Wissenschaftskapazitäten für die zivile und militärische Nutzung.

So wichtig Potenzial, Ausstattung und Fähigkeiten der Bundeswehr sind, dass „Gesicht“ auch der Streitkräfte wird durch die beteiligten Menschen bestimmt. Ihr Engagement und ihre Motivation, gegebenenfalls auch unter Zurückstellung eigener Interessen und eigener Gesundheit, sind maßgeblich und über viele Jahrzehnte kennzeichnend für den Einsatz auch in Bremen und Bremerhaven. Dank und Anerkennung richten sich also nicht nur an die „Aktiven“, sondern an alle, die als Soldaten und zivile Mitarbeiter in der Bundeswehr Dienst getan haben. Der Dank erstreckt sich auch auf die vielen Bremerinnen und Bremer, die als Freiwillige, Wehrpflichtige und Reservisten in diesem Rahmen motiviert und engagiert Dienst für die Gemeinschaft tun und taten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) dankt den Soldatinnen und Soldaten, den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Reservistinnen und Reservisten für ihren Dienst in der Bundeswehr, die ein unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitsarchitektur unseres Landes ist. Dies konkretisiert sich regional in einer partnerschaftlichen und bewährten Zusammenarbeit der Bundeswehr mit den „Blau-Licht-Organisationen“ des Landes und der Kommunen insbesondere in der Katastrophenvorsorge und anderen Feldern, wo die Bundeswehr im Wege der Amtshilfe in besonderen Fällen hilft. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt dies nachdrücklich und bittet den Senat, dies weiterhin zu pflegen und wo durch veränderte oder neue Herausforderungen und Szenarien notwendig, weiterzuentwickeln.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt sich nachdrücklich für die Erhaltung der gegenwärtigen Standorte und Organisationsstrukturen der Bundeswehr in Bremen und Bremerhaven ein. Mit dem Landeskommmando in Bremen und der Marineoperationsschule in Bremerhaven stehen wichtige und bewährte Ansprechpartner für die beiden Kommunen und das Land, aber auch für die Bürger in unseren Städten zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund wird der Senat aufgefordert, sich weiterhin dafür einzusetzen, die

Lufthansapilotenausbildung in der Verkehrsfliegerschule in Bremen zu erhalten, um so eine militärische Ausbildung von Luftfahrzeugführerinnen und Luftfahrzeugführern in Bremen auch zukünftig möglich zu machen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für eine in der Öffentlichkeit sichtbare und präzente Bundeswehr aus. Sie bittet den Senat sicherzustellen, dass die Bundeswehr in Schulen ihren Auftrag, auch kritisch reflektiert, durch Jugendoffiziere darstellen und diskutieren kann. Sie begrüßt darüber hinaus, dass die Bundeswehr individuell, aber auch im öffentlichen Rahmen ihre beruflichen Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten darstellt und bittet den Senat und andere Beteiligte, den Zugang der Bundeswehr zu Veranstaltungen mit diesem Zweck zu gewährleisten. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht auch öffentliche Gelöbnisse in Bremerhaven, aber gegebenenfalls auch in Bremen, als geeignete Veranstaltungen an, die die Bundeswehr in den Stadtgesellschaften noch präsenter zu machen. Sie sieht im Tragen der Uniform im öffentlichen Raum oder in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht nur einen Beitrag, die Bundeswehr als selbstverständlichen Teil des gesellschaftlichen Lebens wahrnehmbar zu machen, sondern auch als unterstützenden Baustein zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) anerkennt, dass die Bundeswehr unmittelbar und mittelbar ein wichtiger Standortfaktor für Bremen und Bremerhaven ist. Ihre Standorte sind ein wichtiger Faktor für Wirtschaft und Beschäftigung, ihre Bedarfe an Ausstattung und Ausrüstung schaffen wichtige Nachfrage für lokale Industrie und Dienstleistung. Der Senat wird aufgefordert, dies zu unterstützen, zum Beispiel durch die Gewährleistung der erforderlichen Sicherheit.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) bekennt sich zur Freiheit der Wissenschaft und Forschung, die gemeinsam in allen Bereichen für Fortschritt und Innovation stehen. Soldatinnen und Soldaten haben in Wahrnehmung ihrer häufig für Leib und Leben gefährlichen Aufträge einen Anspruch darauf, ebenfalls, insbesondere zu ihrem Schutz, auf die bestmögliche Ausstattung zurückgreifen zu können und gegebenenfalls auch gemeinsam mit dem zivilen Bereich ausgebildet zu werden. Unter diesem Aspekt, aber auch wegen der ungeklärten „Dual-Use-Problematik“ und einer vielfach hochtechnologisch geprägten Unternehmensstruktur in Bremen, die auf die Zusammenarbeit mit der regionalen Wissenschaft und Forschung angewiesen ist, hält die Bürgerschaft (Landtag) die sogenannte Zivil-Klausel im Bremischen Hochschulgesetz für ein falsches, unzeitgemäßes, missverständliches und veränderungsbedürftiges Signal.
6. Die Bürgerschaft (Landtag) ist der Auffassung, dass mit der ehemaligen Fregatte „Bremen“ ein herausragender Botschafter für den Namensgeber national und international präsent gewesen ist. Sie würdigt es gleichzeitig als wichtiges Zeichen der Verbundenheit von Land/Stadt mit der Bundeswehr. Sie bittet daher den Senat, beim Bund bei der Namensgebung für zukünftige Schiffe der Bundesmarine aktiv für die potenziellen Namen „Bremen“ und/oder „Bremerhaven“ zu werben.
7. Die Bürgerschaft (Landtag) weist darauf hin, dass das Land Bremen als Teil des Bundes die Bundeswehr im Rahmen ihres gesamten Auftragspektrums unterstützt und die vom Bundestag beschlossenen internationalen Einsätze auch im Interesse der Sicherheit des Landes Bremen sind. Sie sieht es als Teil ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung, die Soldatinnen und Soldaten bei diesem schwierigen und gefährlichen Teil ihres Auftrages den Rücken zu stärken. Sie spricht sich insbesondere auch im Interesse der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten dafür aus, die personelle, infrastrukturelle und materielle Ausstattung qualitativ und quantitativ den gegenwärtigen, aber auch den zukünftigen Herausforderungen entsprechend bedarfsgerecht zu dimensionieren oder zu modernisieren und gegebenenfalls auch anzupassen und weiterzuentwickeln.

8. Die Bürgerschaft (Landtag) hält schließlich die politische Botschaft für wichtig, dass die Außen- und Sicherheitspolitik der Mitglieder der europäischen Union, also auch Deutschlands, in einem europäischen Kontext weiterentwickelt werden muss. Dies muss und wird stärker als bisher auch die Strukturen, Ausstattungen und Fähigkeiten der Bundeswehr bestimmen. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, Veränderungen in diesem Bereich konstruktiv zu begleiten, aber gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass die lokalen Präsenzen und Unterstützungsmöglichkeiten erhalten bleiben. Sie spricht sich dafür aus, die nationalen Vorbehaltsrechte für Einsätze, wie in Deutschland, zu erhalten und im Rahmen der europäischen Union einen ganzheitlichen und gemeinschaftlichen Ansatz von Außen-, Sicherheits- und Krisenbewältigungspolitik zu realisieren.

Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU